

## Unterrichtung

durch die Bundesregierung

### Halbjahresbericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarates und der Westeuropäischen Union

Der Europarat

Halbjahresbericht der Bundesregierung

für die Zeit vom 1. Oktober 1973 bis 31. März 1974

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Allgemeines . . . . .	1
II. Politik . . . . .	2
1. Künftige Rolle des Europarates und westeuropäische Zusammenarbeit . . . . .	2
2. Verhältnis Europas zu den USA . . . . .	2
3. Ost-West-Beziehungen . . . . .	2
4. Bekämpfung des internationalen Terrorismus . . . . .	2
5. Gäste der Beratenden Versammlung . . . . .	3
III. Tätigkeit des Europarates auf Einzelgebieten . . . . .	3
A. Recht . . . . .	3
B. Öffentliches Gesundheitswesen, Sozialfragen . . . . .	3
C. Umweltschutz . . . . .	3
D. Raumordnung . . . . .	3
E. Kultur . . . . .	4
IV. Zusammenfassung . . . . .	4

**I. Allgemeines**

Das Ministerkomitee des Europarates trat am 24. Januar 1974 in Straßburg unter Vorsitz des Österreichischen Außenministers Kirchschräger zu seiner 53. Sitzung zusammen. Am folgenden Tage fand ein Kolloquium mit dem Präsidenten und Mitgliedern der Beratenden Versammlung des Europarates statt. Die deutsche Delegation leitete der Bundesminister des Auswärtigen.

Auf der Ebene der Ministerbeauftragten tagte das Ministerkomitee im Berichtszeitraum sechsmal (225. bis 230. Sitzung) mit 38 Sitzungstagen. Den Schwerpunkt seiner Beratungen bildete die Vorbereitung eines Entschließungsentwurfs für die 53. Sitzung des Ministerkomitees über die künftige Rolle des Europarates. Eine aus sechs Ministerbeauftragten bestehende Arbeitsgruppe hatte dazu nach einer gründlichen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Tätigkeiten des Europarates und nach Besuchen bei anderen europäischen Organisationen einen Bericht vorgelegt, der die Grundlage für den Entschließungsentwurf bildete.

Weitere wichtige Beratungspunkte der Ministerbeauftragten bildeten der Haushalt des Europarates für 1974 (Gesamtvolumen 91 694 400 FFrs = DM 50 437 421,66; deutscher Anteil 18 v. H. oder 15 385 932 FFrs = 8 463 185,76; 1 DM = 1,818 FFrs) sowie das Arbeitsprogramm der Organisation für 1975/1976.

Zum 2. und 3. Teil der 25. Sitzungsperiode trat die Beratende Versammlung in der Zeit vom 25. September bis 2. Oktober 1973 und vom 21. Januar bis 25. Januar 1974 zusammen. Eine gemeinsame Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates und des Europäischen Parlaments am 14. November 1973 in Straßburg bot Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über politische und wirtschaftliche Fragen, die die Mitglieder der beiden europäischen Parlamentsversammlungen in gleicher Weise interessieren, darunter die westeuropäische Zusammenarbeit, die Verbesserung der Arbeitsweise der internationalen Organisationen mit wirtschaftlicher Zielsetzung, die Entwicklungshilfe und die Erdölkrise.

Am 22. März fand eine Sitzung des aus Vertretern des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung bestehenden „Gemischten Ausschusses“ in Paris statt, die vornehmlich der Übergabe der Kandidatenliste zur Neuwahl für das Amt des Generalsekretärs an den Präsidenten der Beratenden Versammlung gewidmet war. Die Wahl wird während der Mai-Sitzung 1974 der Beratenden Versammlung erfolgen. Die Bundesregierung hat als deutschen Kandidaten den Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung, G. Kahn-Ackermann, MdB, benannt.

**II. Politik****1. Künftige Rolle des Europarates und westeuropäische Zusammenarbeit**

Wesentliches Ergebnis der 53. Sitzung des Ministerkomitees war die Annahme der Entschließung (74) 4 über die künftige Rolle des Europarates. Damit wurden die Leitlinien gesetzt, die den weiteren Weg der Organisation vorzeichnen.

In der Entschließung wird vor allem die bleibende Bedeutung des Europarates als Bindeglied zwischen den neun Gemeinschaftsländern und seinen übrigen acht Mitgliedstaaten hervorgehoben.

Der Europarat soll sich künftig bei seinen zwischenstaatlichen Tätigkeiten auf die folgenden Bereiche konzentrieren:

- Schutz und Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten;
- soziale und sozialökonomische Probleme (z. B. Gastarbeiterfragen);
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erziehung und Kultur;
- Jugendfragen;
- Schutz und Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Schutz der Natur und der Naturschätze sowie Umweltfragen und Raumplanung;
- Kommunale Behörden, regionale und kommunale Zusammenarbeit;
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts einschließlich der Harmonisierung der Gesetzgebung und der Rechtspraxis auf bestimmten Einzelgebieten, Verbrechensvorbeugung und die Behandlung Straffälliger.

Die Reformvorschläge der Entschließung richten sich vor allem auf die Rationalisierung der Arbeitsweise des Europarates und die Straffung seines umfassenden Arbeitsprogramms.

Die Ministerbeauftragten wurden angewiesen, zu einer Reihe von Fragen konkrete Vorschläge zu unterbreiten, über die das Ministerkomitee auf seinen kommenden Sitzungen entscheiden will.

Auch das Kolloquium mit Mitgliedern der Beratenden Versammlung befaßte sich in erster Linie mit der künftigen Rolle des Europarates. Ebenso wie die Minister betonten die Parlamentarier, daß die politische Substanz des Europarates gestärkt werden müsse. Erforderlich sei vor allem ein engeres Zusammenwirken des Ministerkomitees und der Beratenden Versammlung. Der Präsident der Beratenden Versammlung, G.

Vedovato, machte eine Reihe von Vorschlägen insbesondere zur Stärkung der politischen Bedeutung des Ministerkomitees, die noch geprüft werden.

Die gegenwärtigen Probleme der westeuropäischen Zusammenarbeit standen auf der Januar-Sitzung der Beratenden Versammlung im Mittelpunkt einer Aussprache, die durch einen vielbeachteten Bericht des schweizerischen Abgeordneten Professor Hofer eingeleitet wurde. Mehrere Redner wollten durch eine Intensivierung der Rolle der europäisch-parlamentarischen Versammlungen dem Streben der europäischen Völker nach Einheit mehr Nachdruck verleihen, besonders nachdem die Ölkrise die mangelnde Solidarität der westeuropäischen Staaten hatte in Erscheinung treten lassen.

In Empfehlung (726) fordert die Versammlung angemessene Maßnahmen, um das Auseinanderfallen Europas zu verhindern; sie ruft die Regierungen dazu auf, besseren Gebrauch von dem Instrument des Europarates zu machen.

## 2. Verhältnis Europas zu den USA

Auf der 53. Sitzung des Ministerkomitees umriß Bundesminister Scheel als EPZ-Vorsitzender den gegenwärtigen Stand der europäisch-amerikanischen Beziehungen. Dabei wurde das außerordentliche Interesse der Acht an Informationen über transatlantische Gespräche deutlich. Bundesminister Scheel schilderte die Problematik eines Verhältnisses, in dem die Neun den USA sowohl als werdende politische Einheit gegenüber treten wie als Einzelne. Der von den Neun begonnene Dialog mit den USA sei ein wichtiger Beitrag zur Gestaltung der für ganz Westeuropa lebenswichtigen transatlantischen Beziehungen.

## 3. Ost-West-Beziehungen

Die Erörterungen im Ministerkomitee zeigten eine weitgehende Übereinstimmung bei der Bewertung des gegenwärtigen Standes der KSZE und der Ziele, die die Staaten Westeuropas verfolgen. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Probleme des Korbes III, die in besonderem Maße die traditionelle Tätigkeit des Europarates berühren.

Im Verlauf der Oktobertagung 1973 der Beratenden Versammlung betonte der dänische Abgeordnete Oestergaard als Berichterstatter, daß auch die wachsende Zusammenarbeit zwischen den beiden Supermächten eine aktive Entspannungspolitik der europäischen Regierungen notwendig mache. Im Anschluß an diesen Bericht rief die Beratende Versammlung in Resolution 566 die Mitgliedstaaten des Europarates auf, zur Wahrung ihrer besonderen Interessen und der im Statut niedergelegten Grundsätze ihre Politik in verstärktem Maße aufeinander abzustimmen.

## 4. Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Auf ihrer 53. Sitzung verabschiedeten die Minister eine Entschließung über die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, die darauf abzielt, die Strafverfolgung von Terroristen in den Mitgliedstaaten zu koordinieren und dadurch wirksamer zu machen.

## 5. Gäste der Beratenden Versammlung

In einer Ansprache vor der Beratenden Versammlung auf deren Oktobersitzung 1973 gab die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir ein umfassendes Bild der Lage im Nahen Osten aus der Sicht der israelischen Regierung. Frau Meir wies auch auf die engen Verbindungen Israels zu Europa und dem Europarat hin, die besonders durch die Anwesenheit von zwei israelischen Beobachtern bei der Beratenden Versammlung zum Ausdruck kommen.

Bundesminister Genscher berichtete der Beratenden Versammlung über die Ergebnisse der 1. Umweltministerkonferenz vom März 1973 in Wien. Er würdigte dabei die Verdienste des Europarates bei den Vorarbeiten zur Formulierung der für die Umweltpolitik wesentlichen Grundsätze. Er appellierte an die Mitgliedstaaten des Europarates, den gesamteuropäischen Horizont nicht aus den Augen zu verlieren. Gerade der Europarat könne wichtige gesamteuropäische Kontakte vermitteln.

An einer Aussprache über Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik, die im Januar 1974 in der Beratenden Versammlung stattfand und von dem Generalsekretär der OECD, van Lennep, eingeleitet wurde, nahmen auch einige Parlamentarier aus den USA und Kanada teil.

Während der Januarsitzung 1974 statteten die in Paris akkreditierten arabischen Misissionschefs der Beratenden Versammlung einen Besuch ab.

## III. Tätigkeit des Europarates auf Einzelgebieten

### A. Recht

#### I. 1. Es wurden zur Zeichnung aufgelegt:

- die europäische Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (25. Januar 1974), die bisher von Frankreich gezeichnet worden ist;
- das Übereinkommen über den Transport von Leichen (26. Oktober 1973), das bisher von Belgien, Zypern, Luxemburg und der Türkei gezeichnet worden ist.

2. Der Entwurf eines Übereinkommens über die Rechtsstellung unehelicher Kinder ist fertiggestellt und wird nun dem Ministerkomitee zur Beschlußfassung vorgelegt.
3. Die mehrjährigen Arbeiten am Entwurf einer Resolution über Pressekonzentration sind ab-

geschlossen worden. Die Resolution hat zum Ziel, Pressefreiheit und generell freie Meinungsäußerung und Informationsmöglichkeiten durch Maßnahmen zu fördern, die der Pressekonzentration entgegenwirken. Der Entwurf enthält eine Reihe von Vorschlägen, wie durch wirtschaftliche, steuerliche und andere staatliche Hilfen die Vielfalt der Presseerzeugnisse erhalten bleiben kann.

- II. Zum deutschen Mitglied der Menschenrechtskommission ist Professor Dr. Jochen Frowein, Universität Bielefeld, von den Ministerbeauftragten gewählt worden. Professor Dr. Hermann Mosler, Universität Heidelberg, wurde von der Beratenden Versammlung erneut zum Richter des Menschenrechtsgerichtshofes gewählt.

### B. Öffentliches Gesundheitswesen, Sozialfragen

1. Der Sozialausschuß (Teilabkommen) hat Resolutionsentwürfe verabschiedet über:
  - a) Gleichbehandlung der Frau in modernen Arbeitsabläufen;
  - b) berufliche Information Jugendlicher;
  - c) Instruktion und Verwendung gewisser Holzschneidemaschinen.
2. Im Entwurf sind fertiggestellt worden und liegen dem Ministerkomitee zur Billigung vor:
  - a) Das Europäische Übereinkommen über den sozialen Schutz der Landwirte;
  - b) die Konvention über den Schutz von Tieren in modernen Intensivhaltungen.
3. Das Europäische Wanderarbeiterstatut liegt seit geraumer Zeit dem Ministerkomitee vor, konnte jedoch noch nicht verabschiedet werden.
4. Der Europäische Pharmakopie-Ausschuß hat den dritten Band des Europäischen Arzneimittelbuches fertiggestellt.

### C. Umweltschutz

1. Mit der Umsetzung der Ergebnisse der Umweltministerkonferenz des Europarates in Wien vom 28. bis 30. März 1973 in die Praxis ist begonnen worden. Insbesondere hat der Europarat die in Wien beschlossenen Untersuchungen der Möglichkeiten für die Schaffung rechtlicher Instrumente zur Gewährleistung der Rechte des einzelnen auf gesunde Umweltbedingungen in sein Arbeitsprogramm aufgenommen. Die Frage wird zur Zeit im CCJ untersucht.
2. Der Entwurf einer Europäischen Konvention über den Schutz von internationalen (Binnen-)Gewässern, der auf die Empfehlung 555 der Beratenden Versammlung zurückgeht, ist mit Ausnahme einiger technischer Annexe fertiggestellt worden. Die Regelungen dieses Konventionsentwurfs werden für den in ihm nicht erfaßten, wichtigen Bereich der Küstengewässer der Anliegerstaaten der Nordsee und des Nordost-Atlantiks durch die inzwischen ebenfalls fertiggestellte Pariser Kon-

vention über den Schutz der Küstengewässer gegen Verschmutzungen vom Lande aus ergänzt werden. Beide Konventionen greifen ineinander und werden eine wichtige Lücke im Bereich des Schutzes internationaler Gewässer schließen.

3. Auf Expertenebene wurde mit den einleitenden Arbeiten zu Untersuchungen begonnen, die sich im Rahmen des Europarates den sich im Zusammenhang mit den grenzüberschreitenden Luftverschmutzungen ergebenden Rechtsproblemen widmen sollen. Ziel wird die Erarbeitung einer Konvention mit einem Mustervertrag hierzu sein.

### D. Raumordnung

Die 2. Europäische Ministerkonferenz für Raumordnung, die Ende September 1973 in La Grande Motte (bei Marseille) tagte, faßte Resolutionen über:

- a) Regionalplanung und Verkehrspolitik, wobei besondere Betonung auf gleichgewichtige Entwicklung der einzelnen Regionen mit Vorzugsbehandlung von wirtschaftlich benachteiligten Gebieten gelegt wird;
- b) Regionalplanung in Grenzgebieten, womit eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Grenzregionen in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht durch die Errichtung von zwischenstaatlichen Regionalkommissionen gefordert wird;
- c) die Entwicklung von Berggebieten im Hinblick auf Wirtschaft, Tourismus und Naturschutz;
- d) langfristige Regionalplanung durch entsprechende europäische Harmonisierung;
- e) Harmonisierung der kartographischen, statistischen und terminologischen Hilfsmittel der Regionalplanung;
- f) organisatorische Fragen der Raumordnungsministerkonferenz, wobei die Finanzierung ihres Programms durch ein Zusatzbudget des Europarates gefordert wird.

### E. Kultur

Vom 7. bis 13. Dezember 1973 fand in Straßburg die verschobene 24. Sitzung des Rats für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) statt. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren die Verabschiedung des Programms für 1974 und die Beratung des Langzeitprogramms für die Jahre 1975/1976. Auf die Projekte der sogenannten „kulturellen Entwicklung“ soll künftig gegenüber dem Erziehungswesen größeres Gewicht gelegt werden. Ferner wird die Einrichtung eines „Rats für die Entwicklung des Sports“, eines dem CCC zugeordneten selbständigen Ausschusses, angestrebt. Er soll sich vor allem mit dem „Sport für alle“ befassen.

Mit der Vorbereitung des Europäischen Denkmalschutzjahres 1974/1975 beschäftigte sich eine Tagung im November 1973. Fragender Interpretation der Europäischen Konvention über die Gleichwertigkeit der Reifezeugnisse und Anerkennung von Diplomen zur Zulassung an Universitäten wurden auf einer Sitzung in Wien vom 7. bis 8. Februar 1974 erörtert.

Das Budget des CCC ist im Jahre 1974 um rund 35 v. H. erhöht worden (ca. 3,8 Millionen FFrs gegenüber 2,8 Millionen im Jahre 1973).

#### IV. Zusammenfassung

Wichtigstes Ergebnis der Entwicklung im Berichtszeitraum ist, daß die langjährige, durch die Erweiterung der EG ausgelöste Diskussion über die künftige Rolle des Europarates auf der 53. Sitzung des Ministerkomitees mit der Resolution (74) 4 ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Die Minister betonten erneut die Bedeutung des Europarates als Brücke zwischen den neun EG-Ländern und den übrigen acht Mitgliedstaaten sowie als Forum westeuropäischer Demokratien. Es bestand Einig-

keit darüber, daß die politische Substanz des Europarates gestärkt werden müsse, insbesondere durch Intensivierung des außenpolitischen Dialogs im Ministerkomitee und in der Beratenden Versammlung. Im Verhältnis zur EG wird nicht starre Arbeitsteilung, sondern Konzentration auf Schwerpunkte angestrebt. Ein verbesserter Informations- und Gedankenaustausch soll sicherstellen, daß sich die Tätigkeiten beider Organisationen ergänzen und Doppelarbeit vermieden wird. Unter anderem wurde die Einrichtung eines Verbindungsbüros des Europarates bei der EG in Brüssel grundsätzlich befürwortet.

Die Schwerpunkte der bisherigen Tätigkeit des Europarates sollen erhalten bleiben. Die Reformvorschläge der Resolution richten sich im wesentlichen auf die Rationalisierung der Arbeitsweise des Europarates und die Straffung seines umfassenden Arbeitsprogramms.

**Die Westeuropäische Union****Halbjahresbericht der Bundesregierung**

für die Zeit vom 1. Oktober 1973 bis 31. März 1973

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Allgemeines . . . . .	5
II. Politische Fragen . . . . .	5
III. Rüstungskontrollamt . . . . .	6
IV. Ständiger Rüstungsausschuß . . . . .	6
V. Zusammenfassung . . . . .	6

**I. Allgemeines**

1. Die WEU-Versammlung tagte vom 20. bis 22. November 1973 in Paris (Zweiter Teil ihrer XIX. Sitzungsperiode). Der französische Außenminister Jobert und Bundesverteidigungsminister Leber waren unter den Gastrednern. Die Debatte konzentrierte sich auf das Verhältnis Europa/USA, Verteidigungsfragen, die Energiekrise und Probleme der europäischen Luft- und Raumfahrt.
2. Der WEU-Ministerrat tagte am 11. März 1974 in Den Haag unter dem Vorsitz des niederländischen Außenministers van der Stoep. Im Mittelpunkt seiner Erörterungen stand die Prüfung eines Berichts des Ständigen Rats über die Zukunft des Ständigen Rüstungsausschusses. Die Minister beauftragten den Ständigen Rat, die Frage auf der Grundlage der verschiedenen Vorschläge weiter zu behandeln.
3. Der Ständige Rat trat im Berichtszeitraum regelmäßig in London auf Botschafferebene zusammen. Er beantwortete die Empfehlungen der Versammlung 233 bis 239 sowie die Schriftlichen Anfragen 134 und 135. Die Beratung des Jahresberichts 1973 wurde im wesentlichen abgeschlossen. Die Beratung der Antworten auf die während der Tagung der Versammlung im November 1973 beschlossenen Empfehlungen 240 bis 245 sowie auf die Schriftlichen Anfragen 136 und 137 ist im Gang.

**II. Politische Fragen**

1. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA wurden erneut von der WEU-Versammlung auf der Grundlage des vom früheren britischen Außenminister Stewart ausgearbeiteten und von Sir John Rogers erweiterten Berichts erörtert. Die Delegierten unterstrichen die Notwendigkeit, eine enge atlantische Zusammenarbeit auf

den Gebieten der Außenpolitik, der Sicherheit und der Wirtschaft aufrechtzuerhalten und noch zu verstärken. Alle Redner setzten sich für die Fortdauer der militärischen Präsenz der USA in Europa ein. Der französische Außenminister Jobert betonte, daß die Atlantische Allianz, zu der Frankreich gehöre und an der es festhalte, die Grundlage der Sicherheit sowohl der Vereinigten Staaten wie Europas bleibe.

Bundesminister Leber unterstrich, daß Europa sich einerseits ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten nicht verteidigen könne, daß diese Verteidigung andererseits aber auch im Interesse der USA läge. Daher dürfe keine der beiden Seiten in ihren Verteidigungsanstrengungen nachlassen.

2. Außenminister Jobert warf in seiner Rede auch die Frage auf, ob die WEU als Form der Beratung europäischer Sicherheitskonzeptionen geeignet sei. Der Weg zu einer einheitlichen europäischen Verteidigungskonzeption würde von erheblichen Schwierigkeiten begleitet sein. Deshalb müßten die Europäer schon jetzt besondere Anstrengungen auf diesem Gebiet unternehmen. Es wäre bedauerlich, wenn Europa nicht genug Vorstellungskraft und Energie entwickle, um in diesem Bereich eine auf seine Bedürfnisse zugeschnittene Lösung zu finden.
3. Auf dem Gebiet der Verteidigungszusammenarbeit wurde die Zukunft des Ständigen Rüstungsausschusses der WEU und die mögliche Übertragung neuer Aufgaben auf dieses Gremium behandelt. In Ausführung des ihm von der Luxemburger Ministerratstagung am 15. Februar 1973 erteilten Mandats diskutierte der Ständige Rat diese Frage in zahlreichen Sitzungen. In seinem Auftrag traten am 29. und 30. Januar 1974 die stellvertretenden Rüstungsdirektoren der sieben Länder in Paris zu einer Sitzung zusammen. Sie stellten eine Übersicht über die bisherige europäische Zusammenarbeit auf dem Rüstungs-

gebiet auf und erörterten, welche Funktion der Ständige Rüstungsausschuß in ihr übernehmen könnte. Dabei wurden insbesondere Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Eurogroup und dem Ständigen Rüstungsausschuß gemacht. Die Prüfung dieser Vorschläge durch den Ständigen Rat ist noch nicht abgeschlossen. Er hat den Ministern für ihre Sitzung am 11. März 1974 im Haag einen Zwischenbericht erstattet. Diese beauftragten den Ständigen Rat, die dabei aufgeworfenen Probleme weiter zu prüfen.

4. Die Erörterung der Ost-West-Beziehungen wurde auf der Sitzung des Ministerrats durch einen Bericht von Staatssekretär Moersch über den Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR fortgesetzt.
5. Das aktuelle Interesse an Energiefragen fand in der Debatte der Versammlung Niederschlag. Die Diskussion konzentrierte sich auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Erdölpolitik der westlichen Länder.
6. Die Zukunft der europäischen Luft- und Raumfahrt wurde von der Versammlung erneut im Lichte der Ergebnisse des auf Einladung der WEU-Versammlung in Paris veranstalteten Kolloquiums über europäische Luftfahrtpolitik behandelt. In der Aussprache wurde festgestellt, daß die Nachfrage nach Fluggerät wie die Bereitschaft der nationalen Regierungen zu hohen Forschungsinvestitionen in der Luftfahrt abnehme. Die europäische Luftfahrtindustrie solle ihre gleichwohl beachtlichen Chancen insbesondere durch Rationalisierung der bestehenden europäischen Unternehmensstrukturen nutzen.

### III. Rüstungskontrollamt

Das Rüstungskontrollamt setzte die Mengenkontrollen der von den Vertragsparteien auf dem europäischen Festland gehaltenen Waffenbestände wie

die Nichtherstellungskontrollen in den Bereichen, in denen die Bundesrepublik Deutschland Verzichtserklärungen abgegeben hat, fort. Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt und den deutschen Behörden sowohl bei der Vorbereitung wie bei der Durchführung der Kontrollen war weiterhin gut und vertrauensvoll. Der Ständige Rat beschloß ein Verfahren, durch das deutsche Firmen nach einer Kontrolle durch das Rüstungskontrollamt in Zukunft über das Ergebnis, das die Inspektoren festgestellt haben, unterrichtet werden.

### IV. Ständiger Rüstungsausschuß

Der Ständige Rüstungsausschuß behandelte in mehreren Sitzungen Fragen der Methodik der Rüstungszusammenarbeit. Der Halbjahresbericht Juli/Dezember 1973 wurde vom Ständigen Rat gebilligt.

### V. Zusammenfassung

Im Vordergrund der Tätigkeit der Westeuropäischen Union standen auch im Berichtszeitraum wieder die Debatten der WEU-Versammlung, des einzigen europäischen Parlamentariergremiums mit Zuständigkeit für Fragen der Verteidigungs- und Außenpolitik. Die Abgeordneten richteten ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf das Verhältnis Europa-USA, auf Fragen der Verteidigung und der Energieversorgung sowie auf Probleme der europäischen Luft- und Raumfahrt. Die Teilnahme hochrangiger Gastredner – von deutscher Seite Bundesverteidigungsminister Leber – war Ausdruck des Interesses der WEU-Mitgliedsregierungen an einen fruchtbaren Dialog mit der Versammlung.